

Was bleibt? Was kommt? Was tun?

Burgenländische Kulturschaffende und KünstlerInnen nehmen zu möglichen Auswirkungen der gegenwärtigen bundespolitischen Situation auf den Kultur- und Kunstbetrieb im Burgenland Stellung

Zusammenfassung einer Diskussion vom 1.3.2000 im Literaturhaus Mattersburg

“Niemand muss befürchten verfolgt zu werden” heißt es zum Thema Kunst und Kultur in der Regierungserklärung. Dennoch geht die Kulturszene in die Offensive, rückt zusammen, vernetzt sich, entwirft Strategien, wird nachdenklich und ist mehr denn je politisiert.

“Was bleibt? Was kommt? Was tun?” - unter diesen Fragestellungen wurde bei einer Veranstaltung im Literaturhaus Mattersburg die neue kulturpolitische Lage aus der Perspektive burgenländischer KünstlerInnen und Kulturschaffender diskutiert.

Das Regierungsübereinkommen nennt die “Förderung der kulturellen Ausdrucksformen der Regionen sowie bessere und ausgewogenere regionale Verteilung der Mittel” als eines der Ziele der zukünftigen Kulturpolitik. Kann und soll man sich damit arrangieren? Ist davon ein Aufschwung der regionalen Kulturarbeit zu erwarten? Oder droht der innovativen und kritischen Kulturarbeit eine neue Eiszeit?

Eingangs wurde von den Veranstaltern (Burgenländische Forschungsgesellschaft, Burgenländische Volkshochschulen und Literaturhaus Mattersburg) auf den Anlaß für diese Veranstaltung hingewiesen. Demnach ist die Idee dazu ganz spontan entstanden, aus dem Gefühl heraus, auch im Burgenland eine Diskussionsplattform für kulturpolitische Debatten anbieten zu müssen. Dazu wurde eine Reihe von KünstlerInnen und Kulturschaffenden eingeladen, wobei sich die Veranstaltung jedoch an die gesamte Kunst- und Kulturszene des Burgenlandes richtete. Tatsächlich nahmen neben den etwa 20 geladenen noch weitere fünfzig Personen an der Veranstaltung teil. Einige KünstlerInnen waren beruflich verhindert und sandten Gruß- und Solidaritätsworte.

Im Vorfeld zu der Veranstaltung gab es, wenn auch in geringer Zahl, negative Reaktionen, so etwa in Form eines Briefes an die Veranstalter:

»Die Kulturszene braucht wirklich keine Angst zu haben. Alle ‚Maler‘ können Ihre Gedanken zu Papier ‚klecksen‘ - wo ohnehin kein Mensch weiß was es sein soll. Auch die Schreiberlinge - wie ‚Jelineks‘ wird niemand daran hindern ihre Auswüchse zu Papier zu bringen - wobei ich hoffe, daß es niemand lesen wird. Ihrer Meinung nach ist es

Österreich ohnehin nicht wert eine ‚Jelinek‘ zu haben. Welche Überheblichkeit! Die ist leicht zu entbehren! Man sollte sich darauf besinnen wieder ordentliche österreichische Bücher zu lesen.«

In einer ersten Gesprächsrunde berichteten VertreterInnen von Kultureinrichtungen über ihre bisherigen Erfahrungen im Zusammenhang mit der neuen kulturpolitischen Situation, wobei zunächst vor allem die geplante Kürzung der sogenannten „Ermessensausgaben“ zur Sprache kam.

Kürzung der „Ermessensausgaben“ - Wen trifft?

Das **Literaturhaus Mattersburg** ist, wie auch alle übrigen österreichischen Literaturhäuser, akut von der Kürzung der Ermessensausgaben betroffen. Sollte diese Kürzung tatsächlich in der angekündigten Höhe von 20 % erfolgen, würde dies die Arbeit des Literaturhauses gefährden. Die österreichischen Literaturhäuser haben daher eine Resolution unter dem Titel: "Literatur braucht Förderung" ausgearbeitet, die an Staatssekretär Morak ergehen wird. Die Budgets der Literaturhäuser sind in den vergangenen Jahren nicht erhöht worden, so dass die bevorstehenden Kürzungen diese Einrichtungen um Jahre zurückwirft. Auch der Deklaration "Kulturnation Österreich" schließen sich die Literaturhäuser und verwandte Organisationen an.

Unter „Ermessensausgaben“ fällt auch der Bereich der Volksgruppenförderung. Eine Kürzung in der angekündigte Höhe würde etwa für die kroatischsprachige Wochenzeitung „Hrvatske Novine“ bedeuten, dass der Chefredakteur eingespart werden müßte. Der **KUGA** wurde angekündigt, die Förderungen um 22,3 % zu kürzen; weiters sind Kürzungen von der Kunstsektion im Bundeskanzleramt zu erwarten. Letzteres sind aber genau die Mittel, die die KUGA frei zur Verfügung hätte, um Veranstaltungen durchzuführen, die an sich defizitär wären. Für die KUGA wurde daher beschlossen, keine Überstunden und keine defizitären Veranstaltungen mehr zu machen. Das heißt, mehr auf Kommerz zu setzen. Veranstaltungen mit geringerer Breitenwirkung müßten wegfallen, um nicht Personal entlassen zu müssen. Die in den letzten 10 Jahren geschaffenen Strukturen, kann man vielleicht noch erhalten, darüber hinaus aber ist kein Geld da.

Auch das **OHO** in Oberwart hat mit einer 20%igen Kürzung der Bundesmittel zu rechnen. Das OHO hatte geplant, das Kulturangebot des Burgenlandes durch Tanz, Theater usw., zu ergänzen und steht nun vor einer ähnlichen Situation wie die KUGA: kostendeckend sind solche Produktionen nicht. Durch den Kartenverkauf können die 20% Kürzung nicht kompensiert werden, also muß irgendwo reduziert werden. Damit ist die Aufbauarbeit, in der sich das OHO zur Zeit befindet, zumindest gestoppt. Und das wird alle Einrichtungen die keinen klaren Budgetansatz haben und von freien Förderungen leben, treffen. Bei Institutionen wie den Kulturzentren scheint es nicht ganz so kritisch zu sein wie bei den freien Initiativen. Allerdings wird bezweifelt, ob diese Kürzungen auf den Regierungswechsel zurückzuführen sind: Man könne nicht gerade sagen, dass die „alte“ Regierung eine besondere Kulturfreundlichkeit an den Tag gelegt hätte.

Auch in der **Cselley Mühle** geht man davon aus, künftig mehr Geld über kommerzielle Veranstaltungen hereinbringen zu müssen. Von großen Kürzungen kann derzeit noch nicht gesprochen werden, außer

dass das frühe Ministerium für Umwelt, Jugend und Familie die Förderungen aufgrund der Auflösung des Ministeriums komplett gestrichen hat. Veranstaltungen im experimentellen Bereich zu machen, wie Literatur oder Musik, wird man sich aber genau überlegen müssen. Dennoch ist man trotzig: Auch wenn die Cselley Mühle damit untergehen sollte - solche Veranstaltungen müssen gemacht werden. Zum Beispiel eine Kooperation im Bereich zeitgenössischer Tanz mit dem OHO; diesen Veranstaltungsschwerpunkt jetzt abzusagen würde nicht nur bedeuten, den Aufbau eines neuen Kunstzweiges im Burgenland zu beenden, es wären auch die bereits investierten Gelder verloren. Auch von seiten der Cselley Mühle wird darauf hingewiesen, dass sich die gegenwärtigen Tendenzen bereits unter der alten Regierung abgezeichnet haben, etwa durch die Auflösung eines eigenen Kunstministeriums. Im Burgenland sei zudem eine Kulturlandesrätin aus der Landespolitik geschieden, zu der viele im Burgenland einen guten Zugang hatten.

Für die **Burgenländische Forschungsgesellschaft** würde eine 20%ige Kürzung der Bundesmittel den Verlust einer Halbtagsarbeitskraft bedeuten und in der Folge eine Rückstellung der für heuer geplanten neuen Publikationsreihe "BFG Studies". Die Burgenländische Forschungsgesellschaft ist aber auch von den Kürzungen im Volksgruppenbereich betroffen. So mußte eine geplantes Symposium zum 90-jährigen Bestehen der kroatischen Wochenzeitung "Hrvatske Novine" abgesagt werden.

Sponsoring und "Creative-Wirtschaft" als Ausweg?

In der Regierungserklärung sind ganze 17 Punkte in 2 von etwa 70 Seiten der Kunst und Kultur gewidmet. Und in diesen Kapitel deutet vieles bereits darauf hin, dass man die "Creative-Wirtschaft", die Kulturindustrie, als Entlastung für die staatlichen Subventionen forcieren will. Von seiten burgenländischer Banken wurde in der Diskussion jedoch darauf hingewiesen, dass die Budgets der Banken für Sponsoring aus Spargründen auch eingefroren worden sind. Ändern wird sich diese Situation erst, wenn es den Banken wirtschaftlich wieder besser geht. Vom Standpunkt einer Bank, so ein Bankenvertreter, ist es aber ohnedies zweckmäßiger Großveranstaltungen mit Sponsoring zu unterstützen, als mehrere kleine Veranstaltungen zu fördern. Man achtet eben darauf, wo man mehr im Rampenlicht steht - die Vielfalt fällt dabei natürlich weg. Vom gesamten Werbebudget einer landesweiten burgenländischen Bank sind ca. 80% fix verplant. Wenn überhaupt, ist nur der verbleibende Rest "frei" verfügbar. Sponsoring kann daher nur einen ganz kleinen Teil der angesprochenen Kürzungen ausgleichen. Solange die Kriterien für das Sponsoring so beschaffen sind wie sie sind, wird sich Kultursponsoring daher bestenfalls als Tropfen auf dem heißen Stein erweisen.

Diesbezüglich wird daran erinnert, dass im Jahre 1997, bei der Eröffnung des neuen OHO, der im Bundeskanzleramt für die Kunstförderung zuständige Sektionschef Mailath-Pokorny bereits gemeint hat, die zukünftige Kulturpolitik geht dem Modell Hollywood nach, d. h. Kultur muss Arbeitsplätze schaffen. Jeder habe damals hören können, wohin die Philosophie der BeamtInnen und PolitikerInnen gehe. Man könne daher nicht so tun, als wäre die Situation neu. Da sei bereits von der alten Regierung vorgebaut worden, wobei aber erst durch das Agieren der neuen Regierung diese Entwicklung richtig ins

Bewußtsein gelangt ist.

Soll und darf man Subventionen überhaupt noch annehmen?

Im Zusammenhang mit der Diskussion über Kultursponsoring tauchte die prinzipielle Frage auf, ob man unter diesen Umständen überhaupt noch "Klinkenputzen" gehen d.h. um Subventionen ansuchen soll. Hier herrschte weitgehende Einigkeit darüber, dass Subventionen Steuergelder und keine Almosen des Staates sind und es daher völlig legitim ist Subventionen anzunehmen. Subventionen, also Steuergelder, sind getrennt zu sehen von der Zusammensetzung der Regierung. Gesetze werden schließlich im Parlament beschlossen. In ähnlicher Weise sind einzelne Punkte des Regierungsübereinkommens durchaus positiv zu sehen, z. B. die steuerliche Absetzbarkeit von Bildankäufen oder die Einführung der Künstlersozialversicherung.

Einig war man sich in der Ablehnung jedes Versuches, die Vergabe von Subventionen mit bestimmten inhaltlichen Erwartungen zu verbinden. Kultureinrichtungen müssen ihren Kurs weiterfahren und nicht im vorausseilenden Gehorsam, um Gelder zu bekommen, "braver" werden. Genau das Gegenteil muß der Fall sein. Sollte die neue Regierung länger im Amt bleiben, so ist sie gut beraten, die Kultureinrichtung weiterhin zu unterstützen - nach dem Motto "Seht her wie progressiv wir sind". Befürchtet wird allerdings, dass sie versuchen wird, Kulturschaffende und Einrichtungen zu korrumpieren. Das hat das Beispiel Stadttheater Klagenfurt in Kärnten gezeigt.

In diesem Zusammenhang wurde darauf hingewiesen, dass diese Subventionsdiskussion nicht neu ist. Dennoch muß heute das Problem anders diskutiert werden, denn immerhin sei eine rechtspopulistische Partei in der Regierung. So stellt sich - etwa am Beispiel der Diskussion um die bevorstehende Befreiungsfeier in Mauthausen - die Frage, ob eine Teilnahme der Regierung nicht eine Instrumentalisierung der Veranstaltung bedeutet bzw. eine Kooperation dieser Regierung zugleich eine Legitimität verleiht. In ähnlicher Weise ist zu diskutieren ob z.B. Staatssekretär Morak zu Eröffnungen etc. eingeladen werden soll, da eine Eröffnung ja eine Repräsentationsfunktion ist und man Repräsentanten der Regierung nicht die Möglichkeit geben sollte, sich mit der Kunst zu behübschen oder die Lage zu beschönigen.

Zur Frage der Person des neuen Kunststaatssekretärs wird gefragt, ob es nicht auch positiv und als Fortschritt zu sehen sei, dass - entgegen dem vorigen Staatssekretär - nun endlich jemand Kunststaatssekretär ist, der selbst aus der Kultur kommt. Dem wird entgegengehalten, dass der letzte Kunststaatssekretär ja nicht nur Popkonzerte veranstaltet habe, wie ihm oft vorgehalten wurde, sondern dass er als Bürgermeister auch einen Rahmen für Kunstprojekte ermöglicht und solche gefördert habe. Der momentane Kunststaatssekretär dagegen habe in der Zeit als Kultursprecher der ÖVP keine Inputs für die Kultur geliefert.

In der Regierungserklärung steht unter anderem, dass es eine bessere und ausgewogenere regionale Verteilung der Mittel geben soll. Diesbezüglich wird gewarnt, euphorisch zu werden, denn es könnte letztlich auch eine Provinzialisierung der Kultur bedeuten.

Die ausführliche Diskussion über Fragen der zukünftigen Subventionspolitik stößt bei einigen TeilnehmerInnen auf Kritik und es wird gefordert, mehr über politische Inhalte zu diskutieren. Streckenweise erinnere diese Art der Diskussion an Gewerkschaftsveranstaltungen, was aber nicht bedeuten soll, dass das bisher erarbeitete nicht auch erhalten werden muss. Eine autonome Kulturszene müsse aber in erster Linie politisch arbeiten oder, so die Gegenfrage, "sind die autonomen Kulturinitiativen auch schon Kulturzentren?"

Die neue politische Lage als Quelle für Inspiration, Widerstand und eine neue Solidarität?

Einige der KünstlerInnen betonen, dass die gegenwärtige Situation auch ausgesprochene Lustgefühle erzeuge und künstlerisch eine Herausforderung sei. Man könne daher - neben allen berechtigten Lamento - aus der Situation auch sehr viel profitieren. Angst kann nicht nur ein Lähmfaktor sein, sondern im Gegenteil auch ein Motor, der ganz schön zünden kann. Das Explosive der gegenwärtigen Lage könne niemanden im Kunstbereich kalt lassen und sei daher auch eine Qualität die auf den Inhalt der Kunst Rückwirkungen haben werde.

Sollte es gelingen, dass durch den Widerstand gegen diese neue Bundesregierung die Künstlerschaft im Burgenland irgendwann wieder eine Einheit wird und sich nicht ständig selbst zerfleischt, dann könnte man sogar die neue Regierung als Chance für das Burgenland sehen. Bezüglich des derzeitigen Kulturlandesrates werden zwar noch gewisse fachliche Defizite gesehen, aber auf der anderen Seite sei ihm positiv anzurechnen, dass er politisch, oder zumindest verbalpolitisch, auf die neue Regierung reagiert. Vielleicht besteht auch eine Chance, dass die Burgenländische Künstlerschaft die SPÖ Burgenland wieder politisieren kann.

Was kommt?

Teilweise wird das Bedenken vorgebracht, dass es noch zu früh sei, um konkrete Maßnahmen zu diskutieren. Die schwarzblaue Kultur habe noch nicht konkrete Auswirkungen gezeigt, außer bei den Kürzungen. Dem wird das Beispiel Haider in Kärnten entgegengehalten. Haider ist aus dem Bachmann-Preis ausgestiegen und will nun einen eigenen Landespreis vergeben; sein Kulturberater Mölzer will, dass sich das Stadttheater Klagenfurt mehr privatwirtschaftlich erhält und weniger ausländische Theaterproduktionen zur Aufführung bringt, weil solche keinen Beitrag zur Bildung einer Landesidentität leisten. Da müsse man schon die Zeichen erkennen.

Was tun?

Die Frage: Was tun? wird ziemlich kontroversiell diskutiert und hinterläßt eine gewisse Ratlosigkeit. Ein gewisses Unbehagen ist da. Die gesellschaftspolitischen Ambitionen beginnen sich aber nur langsam zu regen. Im Prinzip hätten aber alle bis jetzt geschlafen. Dennoch dokumentiert die Tatsache, dass zu dieser Veranstaltung sehr viele Leute gekommen sind, auch einen Unmut und vielleicht signalisiert dies auch einen Willen gemeinsam etwas zu verändern.

Tatsächlich sei die Stimme der burgenländischen KünstlerInnen und Kulturschaffenden eher leise. Dies liegt wohl auch daran, dass, abgesehen von den Kulturinitiativen, eher das Land Burgenland als Förderer auftritt, und da ändert sich ja vorerst einmal nichts. Die Frage ist dennoch: Könnte es wieder einen Künstlerzusammenschluß geben, auch mit der Gefahr, dass dieser möglicherweise irgendwo versandet. Verwiesen wird auf die Initiative 91, die aber unter andere Vorzeichen stand. Von seiten der KünstlerInnen wird betont, dass KünstlerInnen nicht plötzlich zu PolitikerInnen werden können bzw. zu den öffentlichen VerwalterInnen und BürokratInnen ihrer eigenen Arbeit. Der Aufwand, der dahintersteckt, Gesellschaft zu durchleuchten, ist enorm. Und daher ist es nicht leicht zu sagen, jetzt schließen wir uns zusammen und werden plötzlich eine Bewegung. Dennoch gibt es einen gewissen Wunsch, "wieder ein bißchen mehr gemeinsam zu machen"; es sei der Zeitpunkt gekommen, wo Solidarität untereinander angesagt ist.

Stellt sich die Frage, ob konkrete Schritte unternommen werden sollen und wenn ja, welche. Im OHO gibt es seit längeren das ambitionierte Vorhaben, ein Stück von Elfriede Jelinek zu inszenieren, was jetzt besondere politische Brisanz erhält. Man will eher mit Mitteln der Kunst Inhalte transportiert und weniger durch Diskussionsveranstaltungen, was andere Einrichtungen besser können. Aber die Aufführung dieses Stückes sei natürlich als politisches Signal zu sehen und als Zeichen der politischen Haltung des OHO.

Von seiten der KUGA wird darauf hingewiesen, dass man schon nach den Wahlen in einem Artikel hingewiesen habe, wie Kulturpolitik in Kärnten unter Jörg Haider gemacht wird. Als Haider Landeshauptmann in Kärnten wurde sei zu wenig reagiert worden und man habe damals schon gewarnt, was das für die Minderheiten für Folgen haben kann. Für die KUGA kommt vorläufig eine Zusammenarbeit mit FPÖ Ministerien nicht in Frage. Man kann sich nicht vorstellen, dort hinzugehen und um Subvention anzusuchen. Ebenso habe man diskutiert, ob man zweisprachige Ortstafeln haben will, die die FPÖ aufstellt. Denn am letzten Tag seiner Regierungszeit hat Viktor Klima eine diesbezügliche Verordnung dem Begutachtungsverfahren zugeleitet. Wahrscheinlich wird die neue Regierung sofort die neuen Ortstafeln aufstellen und diese Aufstellung für sich instrumentalisieren und sagen: Seht her, wir behandeln unsere Volksgruppen ja nicht schlecht. Zudem hat die KUGA hat eine Unterschriftenliste aufgelegt, die sich gegen die FPÖ in der Regierung wendet. Diese Liste wird in der KUGA ausgehängt. Dies ist eine Möglichkeit, das Publikum zu konfrontieren. Vielleicht wäre dieses Beispiel auch für andere Veranstalter nachahmenswert.

Von einigen TeilnehmerInnen kommt der Vorschlag eine Erklärung aufzusetzen, die von den Kulturinitiativen getragen werden könnte und die von KünstlerInnen mitunterschieden wird. Es sei ernsthaft zu fragen, ob man sonst nicht von einem Versagen der burgenländischen KünstlerInnen reden müsse.

Ein weiterer Vorschlag ist, dass KünstlerInnen eine gemeinsame Veranstaltung als Zeichen des

Widerstandes organisieren, wo jeder mit seinen Mittel einen Beitrag leistet, was aber einen enormen organisatorischen Aufwand bedeuten würde.

Von seiten der Veranstalter wird auf jeden Fall zugesagt, eine Zusammenfassung der Diskussion zu verfassen und über das Internet abrufbar zu machen. Dazu soll auch ein Diskussionsforum eingerichtet werden, wo die Möglichkeit besteht, Kommentare abzugeben. Ob daraus eine Resolution entsteht, wird sich zeigen. Angeregt wird in diesem Zusammenhang auch die Einrichtung einer Mailingliste. Auf jeden Fall wurde mit dieser Veranstaltung ein Zeichen gesetzt und vielleicht auch ein erster Schritt für weitere Aktionen.